

GASTKOMMENTAR Martin Candinas über das C im Parteinamen CVP

Die christlichen Werte sind zeitgemässer denn je

W

Wenn ich unterwegs bin und Menschen begegne, werde ich als CVP-Politiker immer wieder mit der Frage nach dem C in unserem Parteinamen konfrontiert. Warum bezieht sich die CVP in ihrem Namen auf die christlichen Werte? Wer interessiert sich im 21. Jahrhundert für diese Werte? Ist das C im Namen einer Volkspartei noch zeitgemäss? In der Politik gilt es Entscheidungen zu treffen und verbindliche Regeln für ein friedliches Zusammenleben festzulegen oder auch dies bewusst nicht zu tun. Entscheidungen begründen vor allem auf Wertvorstellungen. Die christlichen Werte bilden den Kompass für eine differenzierte und massvolle Politik. Die CVP will eine Gesellschaft, in der jeder Einzelne in Eigenverantwortung sein Leben gestalten kann. Dabei soll

die Familie als kleinste Organisationsform und Urform unserer Gesellschaft besonders geschützt werden. Gemeinden und Kantone sind ihre natürliche Fortsetzung und sollen dafür sorgen, dass Gesellschaft und Staat auf die individuellen Bedürfnisse und lokale und regionale Besonderheiten eingehen. Die Allgemeinheit soll sich dabei um die Schwächeren kümmern und ihnen ein menschenwürdiges Leben ermöglichen. Jeder Einzelne ist aufgerufen, seinen Teil zum Wohl der Allgemeinheit beizutragen. Die CVP arbeitet für eine Gesellschaft, die Nächstenliebe und gegenseitiges Verständnis fördert und Leistung sowie individuellen Erfolg ermöglicht und vorantreibt. Die Stärke einer Gesellschaft misst sich an der Stärke ihrer schwächsten Mitglieder! So ist es auch nicht überraschend, dass die CVP immer die Partei des ländlichen Raums war. Die Anliegen der Bauern und des ländlichen Gewerbes waren stets ein Kernbestandteil ihrer

Politik. Der Einsatz gegen eine Bevormundung der Städte und Agglomerationen gegenüber dem ländlichen Raum oder der grossen Wirtschaftsunternehmen gegenüber dem Gewerbe und Mittelstand zeichnen die CVP aus. Zur Genetik der Partei gehört seit jeher ein starker Einsatz für Subsidiarität und Föderalismus. Auch der Einsatz für soziale Sozialwerke im Sinn der Sozialen Marktwirtschaft, das Eintreten für eine aktive Rolle der Schweiz in Europa und der Welt sowie der Einsatz für einen nachhaltigen Umgang mit unseren Ressourcen und den Erhalt unserer Lebensgrundlagen gehören dazu. Diese Haltungen begründen sich in unserem

christlichen Wertefundament. Die Würde des Menschen steht im Zentrum der christlichen Lehre. Diese fordert den Menschen zu eigenverantwortlichem Handeln auf. Sie verlangt gleichzeitig aber auch Solidarität mit den Armen und Schwachen und Nächstenliebe mit den Mitmenschen. Uns schwebt keine Gesellschaft vor, die nur dazu da ist, die Gewinnmaximierung Einzelner zu ermöglichen. Wir möchten faire Chancen und Sicherheit für alle, aber auch ein menschenwürdiges Leben für die Schwächeren in unserer Gesellschaft. Umverteilung, Verstaatlichung und Bevormundung sind nicht die richtigen Mittel, um dies zu erreichen. Stattdessen fördern wir das gemeinnützige Engagement und halten die Subsidiarität hoch. Wir sind die Partei des Erhalts unserer bewährten Lebensbedingungen und Werte und des Ausgleichs zwischen Eigenverantwortung und Solidarität! Die christlichen Werte sind das Funda-

ment unseres Zusammenlebens und des Zusammenhalts in unserer Gesellschaft. Sie prägen unseren Bundesstaat seit jeher. In einer Zeit, in der genau diese christlichen Werte tagtäglich, sei dies durch den militanten Islamismus, durch brutale Übergriffe von verzweifelten Menschen, durch überbordenden Egoismus oder schlicht gleichgültige Wertelosigkeit, herausgefordert werden, gilt es erst recht für diese Werte einzustehen. Die CVP verfolgt nicht eine «Politik des kalten Herzens» oder eine «Politik der hohlen Hand», sondern engagiert sich als eigenständige Kraft nach den christlichen Werten für den «sozialen Ausgleich» und ein friedliches und erfolgreiches Zusammenleben in unserer wunderschönen Schweiz. Genau aus diesem Grund sind die christlichen Werte zeitgemässer denn je und die CVP als Verteidigerin der christlichen Identität unseres Landes wichtiger denn je. MARTIN CANDINAS ist CVP-Nationalrat.



«Die christlichen Werte prägen unseren Bundesstaat seit jeher»

HINTERGRUND Stefan Trachsel, SDA, über umstrittene Verbote des muslimischen Ganzkörperbadeanzugs in Frankreich

Valls unterstützt Burkini-Verbote an französischen Stränden

F

Frankreichs Premierminister Manuel Valls hat Burkini-Verbote an einzelnen Stränden des Landes ausdrücklich gebilligt. Zugleich lehnte der Sozialist in einem gestern veröffentlichten Zeitungsinterview eine gesetzliche Regelung zu dem umstrittenen muslimischen Ganzkörperbadeanzug ab. «Strände müssen wie jeder andere öffentliche Raum vor religiöser Inanspruchnahme geschützt werden», sagte Valls der Regionalzeitung «La Provence». «Der Burkini ist nicht ein neues Modell von Badeanzügen, eine Mode. Er

ist die Übersetzung eines politischen Projekts, einer Gegen-Gesellschaft, die unter anderem auf der Unterjochung der Frau fusst.» Hinter dem Burkini stehe die Idee, dass Frauen «von Natur aus unkeusch und unrein» seien und sich deshalb vollständig zu bedecken hätten, sagte Valls weiter. Mit den «Werten Frankreichs und der Republik» sei das nicht vereinbar. «Die Republik muss sich gegen Provokationen verteidigen», ergänzte der Regierungschef. Angesichts der derzeitigen Spannungen – ein Verweis auf die islamistischen Anschläge dieses Sommers und die weiterhin hohe Terrorgefahr – müssten Störungen der öffentlichen Ordnung verhindert werden, sagte Valls. Er «verstehe» und «unterstütze» deswegen Bürgermeister, die das Tragen von Burkinis verbieten – wenn das

Motiv dahinter sei, «das Zusammenleben zu fördern, ohne politischen Hintergedanken». Der Burkini bedeckt den ganzen Körper und wird von muslimischen Frauen getragen, die beim Baden einer strengen Auslegung des Islam entsprechen wollen. Bislang haben landesweit in Frankreich mehr als ein halbes Dutzend Gemeinden ein Burkini-Verbot verhängt oder dies angekündigt, darunter Cannes und Villeneuve-Loubet an der Côte d'Azur. In Cannes wurde bereits gegen mehrere Frauen ein Bussgeld von 38 Euro verhängt, wie die Tageszeitung «Le Parisien» gestern berichtete. Die Burkini-Verbote sind allerdings höchst umstritten. Kritiker argumentieren, damit würden französische Muslime stigmatisiert. Befürchtet wird zudem, dass Burkini-Verbote die nach dem Anschlag von Nizza mit 85 Toten

«Strände müssen wie jeder andere öffentliche Raum vor religiöser Inanspruchnahme geschützt werden»

gewachsenen Spannungen zwischen Muslimen und Nicht-Muslimen in Frankreich verstärken könnten. Der Sprecher der kommunistischen Partei, Olivier Darrigolles, warf Valls gestern vor, mit seiner Unterstützung für die Burkini-Verbote der rechtsextremen Front National «hinterherzurennen». Der Premier spiele zudem Islamisten «in die Hände»: «Das ist genau das, was die Terroristen letztlich wollen: Einen Religionskrieg, ständige Spannungen, das Abdriften in einen Bürgerkrieg.» Am Wochenende hatte eine Schlägerei zwischen korsischen Jugendlichen und Familien maghrebinischer Herkunft für Aufsehen gesorgt. Auslöser waren laut Augenzeugen Touristen, die am Strand der Gemeinde Sisco Bänder von in Burkinis badenden Frauen machten.

LESERBRIEFE Zum Wohnmobil-Campen und zur Altersvorsorge

Wohnmobil-Touristen sind nicht billige Gäste

Erstaunlich, dass die Locarner die Wohnmobile nicht wollen, auch wenn sie nur auf Stellplätzen sind – ohne Wasser und WC, nur Staub und ein stolzer Preis. Ja, es ist schade. Die Stadt Locarno wäre sonst nämlich schön. Ich frage mich, woher kommt der Druck auf die Camper? Liegt es an der Polizei oder an privater Initiative? Am 3. August waren mehrere Familien gerade beim Nachtessen, als sie von der Polizei überumpelt und mit samt der Kinder weggeschickt wurden – während des Nachtessens. Ja, ja, die 24 Stunden waren schon überschritten. Wir machten den Vorschlag, dass die Wegeschickten bis 4. August morgens bleiben – nein, wir wurden von der Polizei mit einer grösseren Busse bedroht. Sei es, wie es will. Der Camper geht in Locarno einkaufen und auch nachts, dazu besucht er Camping-Restaurants und Lädli. Auch kauft er in der Stadt Locarno ein und geht mit bis zu neun Personen zum Nachtessen. Sehr zur Freude des Wirtes, denn die Camper waren die einzigen Gäste. Sogar die Lidos werden von den Campers sehr viel benutzt, und das ist gut so, das ist Fremdenindustrie. Nun, aus genannten Gründen ist Locarno anscheinend nicht auf sie angewiesen. Nebenbei: Bei Prominenten sind Wohnmobile je länger je mehr im Trend. Die Hotel-Übermachtungszahlen gehen zu-

rück, und der Anteil Wohnmobile und Wohnwagen nimmt zu. ▶ ALFONS VALAUTA, DOMAT/EMS

AHV mit gutem Preis-Leistungs-Verhältnis

Wenige Jahre vor der Pensionierung frage ich mich, mit welcher Rente ich ab 65 lebe. Mittlerweile zahlen Arbeitgeber und Arbeitnehmende im Schnitt schon 19 Prozent des versicherten Lohn in die Pensionskasse ein. Doch das Geld wirft kaum noch was ab, und Banken und Versicherungen wollen daran auch mitverdienen. Die zu erwartende Rente wird zudem immer kleiner, da der Umwandlungssatz sinkt. So hat mir meine Pensionskasse mitgeteilt, dass ab 2017 die Arbeitgeber- und Arbeitnehmerbeiträge erhöht werden, dafür aber der Umwandlungssatz sinken wird.

Anders die AHV: Seit 1975 stabile Beiträge von je 4,2 Prozent für Arbeitgeber und Arbeitnehmende. Dank mehr Erwerbstätigen und höheren Löhnen kann auch die längere Lebenserwartung abgedeckt werden. Ein Blick auf den Rentenrechner unter www.ahvplus-rechner.ch bestätigt zudem: Für wenig mehr Beitrag (je 0,4 Prozent) gibt es eine klaren Rentenverbesserung. Deshalb sage ich am 25. September sicher Ja zur AHV-plus-Initiative. ▶ JÜRIG LOOSER, CHUR

Wem sollen wir unser Geld anvertrauen?

Die Renten aus der zweiten Säule sind unter massivem Druck. Die Pensionskassen haben ihre Leistungen in den letzten Jahren gekürzt, die Zinssätze auf das angesparte Rentenskapital werden gesenkt und der Umwandlungssatz wird laufend herabgesetzt. Bei der Pensionskasse Graubünden zu Beispiel sank der Umwandlungssatz von 6,5% im Jahre 2008, auf 6,1% im 2016 und wird auf 5,49% im Jahre 2021 gesenkt werden. Die Arbeitgeber- und Arbeitnehmerbeiträge an die Pensionskassen betragen im Durchschnitt über 19 Lohnprozente, die an die AHV seit 1975 unabhängig vom Alter 8,4%. Die AHV bietet Banken und Versicherungen mit einem Anlagekapital von 44 Mrd. Franken relativ wenig Verdienstmöglichkeiten. Die berufliche Vorsorge der zweiten Säule ist hingegen mit 900 Mrd. Franken Anlagevermögen eine Goldgrube für Banken, Anlageberater und Versicherungen. Darum wird die AHV von Wirtschaft und Politik, rechts liegen gelassen.

Die AHV-Ausgaben sind seit 1975, gemessen an jedem in der Schweiz erwirtschafteten Franken, stabil geblieben. Ebenfalls gleich geblieben sind die Lohnabzüge von 8,4%. Mit dem gleichen Satz können heute mehr und sogar höhere Renten bezahlt werden. Im Jahre 1975 zahlte die AHV 13 972 Mio. Franken an

0,96 Mio. Rentnerinnen und Rentner, im Jahre 2013 insgesamt 29 539 Mio. Franken an 2,2 Mio. Personen. Das Umlageverfahren der AHV ist ein geniales System und für die Mehrheit der in der Schweiz lebenden Menschen die günstigste Art der Altersvorsorge, insbesondere auch für jüngere Familien. Für zwei Drittel der Pensionierten ist die AHV das wichtigste Einkommen. Das genügt heute aber nicht mehr, um das «gewohnte Leben in angemessener Weise» fortführen zu können wie es die Verfassung vorsieht. Für 38 Prozent der Frauen und 19 Prozent der Männer ist die AHV, inklusive Ergänzungsleistungen, die einzige Einkommensquelle. Die Schere zwischen Löhnen und Renten öffnet sich. Deshalb müssen wir die AHV stärken und die Renten um zehn Prozent erhöhen. Alleinstehende sollen 250 Franken, Ehepaare 350 Franken mehr erhalten, entsprechend zusätzliche Beiträge von 0,4% für Arbeitnehmer. Damit kann auch die Abhängigkeit von Ergänzungsleistungen reduziert werden, diese müssen von den betroffenen einkommenschwachen Menschen jeweils beantragt werden! Einsparungen von 3,7 Mrd. Franken sind bei den Ergänzungsleistungen damit zu erwarten. Die AHV ist leistungsstark und sicherer als die Pensionskassen. Statt sie schlecht zu reden, machen wir sie am 25. September mit einem überzeugten Ja noch stärker. ▶ MATHIS TREPP, CHUR, ALT GROSSRAT

IMPRESSUM Bündner Tagblatt

Herausgeberin: Samedia Publishing AG.
Verleger: Hanspeter Lebrument.
CEO: Andrea Mastiger.
Redaktionsleitung: Luzi Bürkli (Chefredaktor, lub), Norbert Waser (Stv. Chefredaktor, nw), Nadja Maurer (nm).
Redaktionsadressen: Bündner Tagblatt, Sommeraustrasse 32, 7007 Chur, Telefon 081 255 50 50, E-Mail: redaktion@buendnertagblatt.ch.
Verlag: Samedia, Sommeraustrasse 32, 7007 Chur, Tel. 081 255 50 50, E-Mail: verlag@samedia.ch.
Kundenservice/Abos: Samedia, Sommeraustrasse 32, 7007 Chur, Tel. 0844 226 226, E-Mail: abo@samedia.ch.
Inserate: Samedia Promotion, Sommeraustrasse 32, 7007 Chur, Telefon 081 255 58 58, E-Mail: inserate@samedia.ch.
Reichweite: 164 000 Leser (MACH-Basic 2015-2).
Abopreise unter: www.buendnertagblatt.ch/aboservice

Die irgendetwas geartete Verwertung von in diesem Titel abgedruckten Inseraten oder Teilen davon, insbesondere durch Einseitigkeit in einem Online-Dienst, durch dazu nicht autorisierte Dritte, ist untersagt. Jeder Verstoß wird von der Verlagsgesellschaft nach Rücksprache mit dem Verlag gerichtlich verfolgt.

© Samedia